

Absender:
.....
.....

Fax: 0611-99955-30
eMail: sekr@gfds.de
Gesellschaft für deutsche Sprache
z.Hd. Nicola Frank
Spiegelgasse 13

65183 Wiesbaden

....., 2010

Betr.: Vorschlag für das Wort des Jahres 2010

Sehr geehrte Frau Frank,

für das Wort des Jahres 2010 schlage/n ich/wir den Ruf des Stuttgart 21-Protests

„Lügenpack“

vor.

Begründung:

Dieses Wort des sich von Stuttgart 21, über Gorleben bis zu Hartz IV formierenden Widerstands der Bürger unseres Landes bringt das völlig desolate Verhältnis zwischen dem grundgesetzlich bestimmten Souverän und seinen Volks-Vertretern zum Ausdruck. Der Ruf „Lügenpack“ aus dem Stuttgarter Schlossgarten ist die Reaktion der Bevölkerung auf zunächst Unbehagen und über Jahre und Jahrzehnte schließlich gänzlich verlorenes Vertrauen in Regierungshandeln. Die Härte des Begriffs spiegelt den Zorn der Menschen darüber wider, dass die Regierenden jahrelange Signale bis hin zu wachsender Wahl-Verweigerung weder ernst noch sie zum Anlass von Um-Denken und -Handeln genommen haben. Es schließt alle Facetten der Wut über das politische Establishment ein – und zwar nicht nur von Wenigen sondern aus breiten Kreise der Bevölkerung, die sich nicht mehr mit beschwichtigenden juristischen Floskeln abspeisen lassen wollen.

Diese von den Bürgern wahr genommene Ver- und Missachtung ihrer Interessen ist jetzt in ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber ungebrochen weiterem politischem Täuschen und Tarnen umgeschlagen. Jetzt geben die Menschen den Regierungsverantwortlichen – von denen sie sich von oben herab wie „Lumpen-Pack“ behandelt fühlen – ihre Wut zurück mit Mut und dem kraftvollen Ausdruck „Lügen-Pack“. Sie wollen sich den vorausseilenden Vollzug der Exekutive mit dem Segen der Legislative, die sich gleichzeitig zur Judikative aufschwingt, nicht mehr gefallen lassen.

Der Glaube an Demokratie und Rechtsstaat ist tief erschüttert – wenn nicht gänzlich zerstört.

Drei Beispiele für den Geist, der Alltag geworden zu sein scheint:

In Gorleben wird seit Jahrzehnten angeblich ergebnisoffene Erkundung der Eignung als Atom-Endlager vorgetäuscht. Gleichzeitig wird aber die Voraussetzung von Ergebnisoffenheit – nämlich die Erkundung verschiedener Standorte und geologischer Gegebenheiten - unterlassen. Im Gegenteil, es findet bereits Enteignung für diesen augenscheinlich bereits politisch entschiedenen Standort statt. Und die Einlagerung wird mit martialischem Polizeieinsatz durchgeknüpelt.

In Stuttgart wird eine scheinbar transparente „ganz neue Form“ der öffentlichen Schlichtung angekündigt, bei der „alle Fakten auf den Tisch“ kommen. Tatsächlich soll die Bahn aber bereits in den Vorgesprächen vier Themenbereichen von der Offenlegung ausgeschlossen haben: die Finanzen sowie drei Unbenannte. Die angebliche „Bau-Unterbrechung“ und „Friedenspflicht“ endet nach Medienberichten punktgenau im Zeitplan der Bahn für die Betonierarbeiten des Grundwassermanagements am 27. und 28. November – wofür die Ausnahmeregelung zu vorbereitenden Erdarbeiten getroffen wurde. Und zuvor wurde das dafür benötigte Gelände des Schlossparks mit brutaler Polizeigewalt „frei“ gemacht, - um gegen eine vorliegende und auch öffentlich bekannte Untersagung des Eisenbahnbundesamtes - rechtswidrig Bäume zu fällen. Dabei wurden nicht einmal Kinder von Angriffen mit Reizgas und Wasserwerfer-Beschuss verschont.

Und die neue Hartz IV-Gesetzgebung wird über die Medien als Einhaltung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts aus dem Urteil vom 09. Februar verkauft. In Wahrheit ist weder neu berechnet worden – schon gar nicht auf Basis „valider“ Zahlen oder „realitätsgerechter“ Bemessungsgrundlagen. Obendrein werden im Schutze lauter Kakophonie Gesetzesverschärfungen mit eingeschlichen, die einem öffentlichen Diskurs niemals stand halten würden. Die Staatsgewalt in Sachen Hartz IV kommt vor der Öffentlichkeit verborgen auf leisen Sohlen daher: Lebens- und existenzbedrohende, als „Sanktionen“ bezeichnete Leistungsverweigerungen werden – statt mit Wasserwerfern - mit psychologischem Druck durchgesetzt – und zwar gegen das in diesem Jahr vom Bundesverfassungsgericht als unverfügbar verkündigte Grundrecht eines „menschenwürdigen Existenzminimums“.

Wenn nun der Innenminister angesichts dieser und anderer Demokratie-Entgleisungen auch noch verbal aufrüstet, indem er erklärt, man müsse einmal getroffene Entscheidungen „durchsetzen“, anstatt einer „Stimmungsdemokratie nachzugeben“ - dann sollten sich die Regierungsverantwortlichen nicht wundern, wenn die Bürger schließlich die Geduld verlieren und ebenfalls die verbale Zurückhaltung aufgeben und ihnen den Vorwurf „Lügenpack“ entgegen halten.

Mit freundlichen Grüßen

.....
(Unterschrift)